

Datum

28.07.2009

Nummer

275/2009

Thema

Verkehr/S-Bahn

Redaktion

-msh-

Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt zur Zurückweisung des Verkehrsangebotes von Kreolis für die Nord-Süd-S-Bahntrasse im Jahre 2008 durch den Senat:

Senat hat Wettbewerb verhindert und damit den S-Bahn-Verkehr störanfällig und teuer gemacht!

Im Jahr 2007 bestand laut S-Bahn-Vertrag die Möglichkeit der Ausschreibung des Nord-Süd-S-Bahnverkehrs. Obwohl der Senat daran kein Interesse hatte, unterbreitete ihm das Bahnunternehmen Kreolis 2008 folgendes Angebot: Neue energieeffiziente Fahrzeuge, Fahrzeitverkürzung durch garantierte Reisegeschwindigkeit von Tempo 100 und einen Nettovertrag. Das Erlösrisiko sollte also beim Verkehrsunternehmen liegen und die Beschaffung der Fahrzeuge bei einem Berliner Hersteller erfolgen.

Dieses attraktive Angebot hat der Berliner Senat nicht einmal geprüft, sondern zum Nachteil der Fahrgäste und SteuerzahlerInnen abgewiesen. Das war ein schwerer Fehler. Der S-Bahnverkehr bleibt weiter schutzlos dem Monopolisten Deutsche Bahn ausgeliefert, der in der Berliner S-Bahn allein ein Instrument der Gewinnerzielung für die Privatisierung sieht.

Wie schwer dieser Fehler war, belegen die gestern bekannt gewordenen Ausschreibungsergebnisse für den Regionalverkehr im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg. Durch den Wettbewerb werden 55 Mio. Euro Bestellerentgelt gespart, 100 neue Arbeitsplätze geschaffen und mehr Qualität und Leistung erzielt. Aber statt den Wettbewerb auf die S-Bahn auszudehnen, will der Senat die Berliner S-Bahn vor dem Wettbewerb schützen und die Fahrgäste und SteuerzahlerInnen mit Mehrkosten und Schlechtleistungen belasten.

Wir fordern den Senat auf, die Ausschreibung des S-Bahn-Verkehrs in drei Teillosen vorzubereiten. Ring, Nord-Südverkehr und Ost-Westverkehr müssen getrennt und

zeitlich gestaffelt ausgeschrieben werden. So wird mehreren Anbietern die Beteiligung am Wettbewerb ermöglicht.

Es wird höchste Zeit, dass der Senat die Interessen der Fahrgäste und SteuerzahlerInnen vertritt, statt wie bisher die des Bahnmonopolisten mit seinen Privatisierungsabsichten.